

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Perzentstraße Nr. 20, Inserations-Gebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeitzeile 1 1/2 Gr.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau 1 Thl. 15 Gr., außerhalb in allen Theilen des Reichs incl. Postzuschlag 1 Thl. 24 Gr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

# Breslauer



# Beitung.

N. 240.

Freitag den 30. August

1850.

## Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten und Fonds-Course.

**Frankfurt a. M., 28. Aug.** Nordbahn 43 3/4. Wien 101 1/2. Karlsruhe, 27. Aug. Die Kammeren wurden heute eröffnet.

**Hamburg, 28. Aug.** Die gestern mitgetheilte Nachricht von einer Landung 5 dänischer Schiffe bei Grönwald hat sich nicht bestätigt.

**Königsberg, 27. Aug.** Nordbahn 40 1/4.

**Turin, 24. August.** Bianchi Giovinetti ist gestern nach der Schweiz abgereist. Man spricht von weiter bevorstehenden Auswanderungen. Gerüchte über Meinungsdivergenzen im Kabinete dauern fort. Nach der Opinion beschränkt sich Minelli's Sendung darauf, den Papst zu bitten, er wolle den Erzbischof Franzoni zu freiwilliger Resignation seines Postens bestimmen.

**Venedig, 27. August.** Die Handelskammer petitionirt bei Sr. Maj. um Wiedereröffnung des hierortigen Freihafens.

**Mantua, 26. August.** So eben ist der Großherzog von Toskana samt Familie hier eingetroffen, und hat sogleich die Reise nach Florenz fortgesetzt.

\*) Sowohl die Berliner D. Reform als die Nat.-Ztg. widersprechen dem. Beide Zeitungen enthalten speziellere Nachrichten über die Landung (s. unter der Rubrik „Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten“).

## Uebersicht.

**Breslau, 29. August.** In Berlin ist man bei Bearbeitung der Vorlagen, welche den preussischen Kammeren seitens der Regierung gemacht werden sollen, schon weit vorgeschritten. Viele derselben werden nach dem vom Staatsministerium unterbreitet werden. Unter ihnen befindet sich auch ein Gesetz-Entwurf über den neu zu errichtenden Staats-Gerichtshof. — Die außerordentliche Sitzung des Fürstentages, die am Montag zusammen berufen worden, fand richtig, wie wir vermuthet hatten, deshalb statt, um ihre die preussische Antwort auf die österreichische Aufforderung zur Befestigung des „engeren Rathes“ vorzulegen. Der Inhalt dieser Antwort ist bereits im Wesentlichen mitgetheilt worden; nur zu bemerken wäre noch, daß in derselben den einzelnen Staaten das Recht der parlamentarischen Union gewahrt wird. — Die Berliner Stadtverordneten haben am 27. beschloffen: diejenigen 24 Mitglieder, welche neulich durch das Verlassen der Versammlung dieselbe nicht beschlußfähig machten, zu excludiren.

Am 24. August inspicirte der Prinz von Preußen das Observations-Corps bei Wehlau. Dasselbe besteht aus 4 Bataillonen Infanterie, 3 Schwadronen Husaren und 1 Batterie.

Am 26. August inspicirte der Prinz von Preußen das Observations-Corps (eine Division) bei Kreuznach. — Von da reiste er über Koblenz nach Frankfurt, wo er noch am 26. eintraf. Am 28. reiste der Prinz wieder ab, und begab sich über Darmstadt nach Karlsruhe.

Der Friedendlongeß zu Frankfurt a. M. hat schon eine Wirkung geäußert. Die königl. sächsische Armee wird durch Beurlaubungen stark reduziert werden.

Die babilischen Kammeren sind am 27. August zu Karlsruhe eröffnet worden.

Am 26. wurde die Ständeverammlung zu Kassel durch einen kurzflüchtigen Kommissar eröffnet. Die Eröffnungssprache stellt eine Vertagung der Kammer nach Annahme eines Gesetzes-Entwurfs über die einseitige Forterhebung der Steuern bis zum 30. September d. J. in Aussicht. Da jedoch, (so meint die Berliner ministerielle C. C.), diese Annahme schwerlich erfolgen wird, so dürfte es auch nicht bei der bloßen Vertagung bewenden, vielmehr eine neue Auflösung der Versammlung zu erwarten sein. Hierauf scheint auch dieselbe bereits gefaßt zu sein, da sie auf den Antrag des Abgeordneten Detter die sofortige Wahl des bleibenden ständischen Ausschusses beschloffen hat. Berichte aus Kassel melden, daß die demokratische Partei eine abermalige Auflösung und Neuwahl gern sehen würde, weil sie hoffe, daß diese die demokratische Majorität noch verfehlen werde, und weil unterdessen die Verwirrung im Lande und die Verlegenheit der Regierung wächst. Die Regierung setzt dagegen ihre Hoffnung auf eine Wendung der deutschen Angelegenheiten und auf die Unterwerfung Oesterreichs.

Der künftige Heinrich V. von Frankreich, gegenwärtig noch zu Wiesbaden, hält es gegen seine Grundzüge: zur Errichtung einer protestantischen Kirche beizutreten.

Die russische Armee in Polen wird jetzt bedeutend reduziert und aus Polociet werden. Der neulich gemeldete Anmarsch gegen die preussische Grenze, war, wie wir gleich vorausgesagt hatten, richtig nur hinter Böhm gezogen.

Auch auf dem linken Flügel der holsteinischen Armee hat ein Vorpostengefecht stattgefunden. Die gestern gemeldete Landung der Dänen bei Grönwald (am Ufer von Grönwald) hat wahrscheinlich nur eine Requisition zum Zweck. Von Kiel aus sind ihnen Jäger entgegengeführt worden.

Als der Präsident von Frankreich auf seiner Reise sich der preussischen Grenze näherte, eilte der Oberpräsident der Rheinprovinz nach Saarburg, um den Präsidenten im Namen des Königs von Preußen zu begrüßen. — Bei der Rückkehr des Präsidenten nach Paris (am 28ten) sollen zwei Demonstrationen veranstaltet werden, eine von Seiten der Bonapartisten, die andere von Seiten der Rothken.

Griechische Blätter meinen: der König Otto sei deshalb nach München gereist, um die Thronfolge zu regeln.

Die Wiener Ztg. veröffentlicht eine ministerielle Denkschrift vom 14. August, in welcher dem Gouverneur von Mainz das Recht beigegeben wird, Truppen durchzüge zu gestatten oder zu verbieten und aus der unter anderen hervorgeht, daß der dortige General Mevius bios angewiesen worden sei, das Durchzugsverbot so lange aufrecht zu erhalten, als dasselbe nicht durch einen gültigen Bundesbeschluß aufgehoben würde.

In Salzburg ist gegenwärtig ein kleiner Kongreß beisammen, nämlich: der österr. Ministerpräsident Schwarzenberg, Graf Kessel, Baron Meppen, Graf Weydem, Graf Severin, Graf Schepotowitsch und der österr. Legations-Sekretär aus München.

## Preußen.

**Berlin, 28. August.** Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem katholischen Pfarrer und Dekanten Hahn zu Nohn, Kreis Adenau; sowie dem Buchhalter der königlich sächsischen Landrentenbank, Kommissionsrath Bornemann zu Dresden, den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen; den bisherigen Regierungs-Assessor Wolfart und den bisherigen Landrathssamts-Verweser, Freiherren v. Houwald, zu Landräthen; und den bisher bei dem Polizei-Präsidium zu Berlin angestellten Polizei-Assessor Hetschko zum Polizei-Rathe in Königsberg in Pr. zu ernennen.

Se. Hoheit der Herzog von Mecklenburg-Strelitz ist nach Frankfurt a. M. abgereist.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 2ten Klasse 10ter königl. Klassen-Lotterie fiel ein Gewinn von 2000 Rthlr. auf Nr. 20,996; 2 Gewinne zu 1000 Rthlr. fielen auf Nr. 3953 und 47,099; 4 Gewinne zu 200 Rthlr. auf Nr. 11,719, 19,111, 30,641 und 55,119 und 2 Gewinne zu 100 Rthlr. auf Nr. 38,288 und 72,210.

**SS Berlin, 28. August.** [Die Unions-Staaten gegenüber der österreichischen Aufforderung. — Schleswig-Holsteinische.] Man sieht in den nächsten Tagen den Erklärungen der kleineren Unions-Staaten bezüglich der österr. Aufforderung entgegen. Die preussische Regierung hat es ihrem Verbalten zue Pflicht gemacht, sich bald zu entscheiden. Für oder gegen den Bundesvertrag, so allein ist die Frage gestellt. Auch Herr v. Bismarck in Nassau wird jetzt genöthigt sein, sich für das eine oder das andere zu entscheiden, seine Politik des Zwartens hat jetzt ihr Ende erreicht. Als sicher im Sinne Preußens betrachtet man die Antwort der Hansestädte, Braunschweig und Oldenburg. Auch Baden wird die Befestigung des Bundesvertrages ablehnen, freilich mit innerlichem Bedauern, da seine geographische Lage die Reichthümer von allen übrigen kleineren Unionsstaaten ist. — Man spricht heute von Unterhandlungen, die zwischen den Herzogthümern und Danemark im Gange wären.

**C. B. Berlin, 28. Aug.** [Legislatorische Arbeiten. Die Antwort nach Wien. Verschiedenes.] Die in den verschiedenen Ministerien vorbereiteten legislatorischen Arbeiten für die nächste Kammerperiode, werden jetzt einer Schlussredaktion unterzogen, um so bald zur Verathung an das Staats-Ministerium zu gehen. Gegenwärtig liegt demselben bereits der Gesetzes-Entwurf über Einrichtung und Einführung eines Staatsgerichtshofes zur Beschlußnahme und Genehmigung vor. Hinsichtlich des österr. Gesetzes vom 5. Juni d. J. tritt der eigenthümliche Umstand ein, daß die Kammer eine Bestimmung zu sanktioniren haben würden, welche mit den Ansichten der Regierung schwerlich noch im Einklang stehen dürfte. Die öffentliche Meinung hat sich seiner Zeit genugsam über dies Gesetz ausgesprochen und die Presse hat später mehrfach eines von jenem Gesetze in wichtigen Punkten abweichenden Gesetzes-Entwurfs über denselben Gegenstand erwähnt, den Hr. v. Manteuffel für die Union vorgezogen hat. Schwierig wird nun die Regierung ein österr. Gesetz für Preußen von den Kammeren berathen lassen wollen, wenn eines ihrer einflussreichsten Mitglieder für die Union ein abweichendes und, wie man behauptet, freisinniges Vorurtheil im Begriff steht. Es wäre das ein Experimentiren mit der Presse, was am allerwenigsten eine Hebung derselben zur Folge haben würde. — Die Veranlassung der vorgestellten so plötzlich erfolgten Zusammenberufung des Fürstentages war keine so wichtige, als man vermuthen dürfte. Es ist in der nur kurz andauernden Sitzung die ablehnende Antwort Preußens an das Wiener Kabinete wegen Einberufung des engeren Rathes mitgetheilt worden. Die Regierung soll darin ausgesprochen haben, daß Preußen weder, jetzt noch jemals am Bundesvertrag sich betheiligen werde, obgleich sie bereit sei, in freier Vereinbarung mit den Regierungen eine neue Verfassung Deutschlands festzusetzen; innerhalb dieser Vereinbarung müsse jedoch das Prinzip aufrecht erhalten werden, daß den einzelnen Staaten das Recht der parlamentarischen Union zustünde. Es soll ferner ausdrücklich darauf hingewiesen sein, daß die Wiederherstellung des Bundesvertrages ein Bruch der Nation gegebenes Bundesvertrages sei. Diese Note ist am 26. d. M. von hier abgegangen. — Das Unionsgesetz zum Schutz und Förderung deutscher Auswanderung und Kolonisation wird demnächst in der vom provisorischen Fürstentage ernannten Kommission zur Verathung kommen. — Einige Zeitungen haben die aufgeführte Note gebracht, daß höherer Preis ein Verbot über das geistliche Verhältniß der preussischen zu den babilischen Offizieren ergangen sei. Diese Nachricht ist unbegründet und wir können versichern, daß zwischen den beiderseitigen Offizierscorps das beste Einvernehmen und ein wahrhaft kollegialisches Verhältniß besteht. — Während Se. Majestät der König zum Manöver nach Aplerbeck abgereist, um seine Gemahlin aus dem Bade abzuholen. Er wird in wenigen Tagen zurückzukehren und dann seine Reise nach dem Rhein antreten. — Wie uns versichert wird, sollen Erfurter Bürger, die bekanntlich bei der kurzen Dauer des Parlaments und bei den hohen Unkosten, in die sie sich gesetzt, ihre Rechnung schlecht gefunden haben, bei Herrn v. Radowitz in Betreff der Möglichkeit des Zusammentritts des Parlaments angefragt und eine beruhigende Antwort von ihm darauf erhalten haben. — Die kürzlich in einer thüringischen Residenz vorgenommene Einsegnung einer Ehe zwischen einem Juden und einer Christin hat hier in einflussreichen kirchlichen Kreisen eine entschieden ablehnende Billigung hervorgerufen. Auch in diesen Kreisen werden jetzt Stimmen laut, welche durch die definitive Einführung der Civilehe solchen Vorkommnissen vorbeugen möchten. Das sogenannte Toleranzedikt von 1847

bezieht sich nur auf Ehen zwischen Personen, die aus der christlichen Kirche geschieden sind, nicht aber auch auf Nichtchristen. — In diesen Tagen wird Dr. Gützlaff hier eintreffen. Der durch ihn angeregte Missionsverein für China hält an einem der letzten Tage dieses Monats seinen ersten Vierteljahrs-Gottesdienst in der Dreifaltigkeitskirche. — Der Chefpräsident des Oberlandesgerichts in Ratibor, Hr. Wenzel, der sich kürzlich nach Helgoland begeben, wird hier in einigen Tagen gleichfalls zurückzukehren. Vermuthlich wird seine Anwesenheit in Berlin dazu beitragen, die Angelegenheit der durch den Reichensbach'schen Prozeß ihrer Amtsbefugnisse entzogenen oberländischen Gerichtsmitglieder einigermaßen zu ordnen. — Der Chefpräsident des Breslauer Appellationsgerichts, Herr Starck, ist jetzt gleichfalls hier.

Se. Excellenz der Herr Minister v. Manteuffel ist gestern Abend wieder hier eingetroffen, und wohnte heute einer Sitzung des Staatsministeriums bei. Derselbe gedankt, wenn nicht erhebliche Hindernisse eintreten, bald nach Beendigung der Gemeinderathswahlen die seit längerer Zeit beabsichtigte größere Reise anzutreten. (Berichtigung.) Verschiedene Zeitungen berichten, daß das Staatsministerium die Anträge des Handelsministers auf Bauausführungen zum Betrage von 8 bis 9 Millionen, welche er auf seiner Reise versprochen hätte, verworfen, und daß zu allen dergleichen Auslagen überhaupt nur 1 1/2 Millionen bewilligt worden seien. Diese Nachricht beruht auf einer missigen Einbildung. Der Handelsminister hat auf seiner Reise durch die Provinzen und einen Theil des Großherzogthums Posen von dem Bedürfnisse verbesserter Kommunikationen an vielen Orten Kenntniss genommen, und seine Bereitwilligkeit gezeigt, die vielfach beantragten Schausseebauten zu fördern, so weit die Mittel dazu verfügbar gemacht werden könnten; er hat aber keine Versprechungen in Beziehung auf Bauausführungen für Rechnung der Staatskasse gemacht, als so weit die Mittel dazu durch die seiner Verfügung ständen, und solche Versprechungen zum Theil schon durch Ueberweisung der erforderlichen Fonds erfüllt. Was im künftigen Jahre auf öffentliche Bauten zu verwenden sein wird, wird durch das von den Kammeren festzustellende Budget bestimmt werden, und es hat darüber eine Verathung im Staatsministerium unseres Wissens noch gar nicht stattgefunden. Die in dem gedachten Zeitungsberichte erwähnten Summen sind gänzlich aus der Luft gegriffen. (Ref.)

[Vermischte Nachrichten.] Nach einer langen und heftigen Debatte beschloß gestern die Stadtverordneten-Versammlung in einer geheimen Sitzung mit 44 von 77 St., diejenigen 24 Mitglieder der Versammlung, welche durch das Verlassen des Saales am 15. d. M. die Versammlung beschlußunfähig machten, auf Grund des § 131 der Städte-Ordnung für die ganze Amtsdauer der gegenwärtigen Versammlung zu excludiren. Zunächst wurden in der Debatte, die diesem Beschlusse, dessen öffentliche Bekanntmachung noch amlich erfolgen wird, vorhing, Zweifel über die etwaige Kompetenz der Versammlung in dieser Angelegenheit angeregt, dieselbe wurde jedoch durch bedeutende Majorität als unzweifelhaft erachtet. Ein gestelltes Amendement auf Verhängung von Geldstrafen wurde abgelehnt, nachdem die Juristen in der Versammlung sich dahin ausgesprochen, daß zu einem solchen Beschlusse die Versammlung nicht berechtigt sei. Eben so wurde ein zweites Amendement, die Exclusion auf die Zeit von 14 Tagen zu beschränken, verworfen. (Wf. Ztg.)

Gestern Abend traf, von London über Ostende kommend, der russische Gesandte am englischen Hofe, Baron v. Brunnow, hier ein. Er wird hier ein paar Tage Rast machen, und sich zu Ende der Woche über Stettin nach Petersburg begeben. Da Hr. v. Brunnow England seit 11 Jahren nicht verlassen hat, so wird sein jetziger Ueलाusaufenthalt in der Heimath von längerer Dauer sein. (Const. Z.)

Man hört, schreibt die B. Z., daß von den Ausarbeitungen des Unterrichtsgesetzes diejenigen Theile, welche die Universitäten und Gymnasien betreffen, bereits vollendet seien. Was den Elementar-Unterricht betrifft, so verminnt man, daß manches Material aus den eingeforderten gutachtlichen Beurtheilungen der Provinzialbehörden erst spät eingegangen ist, indeß im Ganzen einiges sehr Zeitige enthält, das zu der erneuerten Redaktion dieses schwierigen Aufsatzes im Gesetze Veranlassung geben dürfte. Sämmtliche Abschnitte würden später zugleich den kompetenten geistlichen Behörden zugehen, damit diese nicht minder ihre Ansichten darüber entwickeln möchten, und etwaige Verschiedenheiten derselben mit der höchsten Unterrichtsbehörde entweder vor der Vorlegung des Gesetzes an die Kammeren ausgeglichen würden, oder unter allseitiger Kenntniss des so nicht Auszugleichenden zur Verathung und zum Wortum der Abgeordneten kämen. Es dürfte daher wahrscheinlich sein, daß das ganze Gesetz nicht sogleich bei Eröffnung der nächsten Kammerperiode vorgelegt würde, sondern erst im Laufe derselben.

Im Justizministerium soll man, wie die B. Z. berichtet, ernstlich mit einer Revision der von den Kammeren noch nicht revidirten Verordnung vom 10. Juli 1849, die richterliche Disziplin betreffend, beschäftigt sein. Es ist möglich, daß die aus dem Reichensbach'schen Hochverrathprozeß hervorgegangenen Verordnungen Veranlassung hierzu gegeben haben. — Was die aus dieser Sache hervorgegangenen Differenzen betrifft, so soll mit dieser Untersuchung gegen die Richter des Appellationsgerichts zu Breslau und Ratibor wegen ihrer Prüfung der Ober-Tribunals-Entscheidung in der Graf Reichensbach'schen, resp. v. Kirchmann'schen Unternehmung vom 16. Februar d. J., durch welche die Kompetenz des Breslauer Schwurgerichts und resp. die Reklamation und Unfähigkeit des Appellationsgerichts ausgesprochen wurde — dem Verlauten nach ein Rath im Justizministerium in der Person des geh. Ober-Justizraths Baummeister betraut sein, ein Mann, der sich durch besondere Humanität auszeichnet.

Am 26. d. M. kamen hier 691 Personen an und reisten 770 ab.

Am 26. Mittags waren als an der Cholera erkrankt gemeldet 362, Zugang die zum 27. Mittags 49, Summa 411. Davon sind genesen 35, gestorben 223, in Behandlung geblieben 133. Unter den zuletzt Gemeldeten 49 sind 21 Todesfälle. (C. C.)

**Wotsdam, 28. August.** [Se. Majestät der König] haben gestern Nachmittag Sanssouci wiederum verlassen und

haben sich nach Teltow begeben, wo Allerhöchstdieselben im Hause des Predigers v. Hengstenberg ihr Quartier nahmen. Von Teltow begaben sich Se. Majestät in das Divanau des Schlosses. Heute Morgen um 6 Uhr begannen die Manöver der Truppen in der Gegend von Ruhlsdorf. Kurz darauf sandten Se. Majestät auf dem Manöver-Platz sich ein. Gegen 9 Uhr wurden die Manöver beendet, indem das Otkorps bei dem supponirten Eintreffen einer Verstärkung des Westcorps den Rückzug antrat. Die Truppen marschirten darauf sofort in ihre Garnisonen zurück. Se. Majestät der König begaben sich, nachdem Allerhöchstdieselben die Truppen entlassen, ohne weiteren Aufenthalt nach Sanssouci zurück, wo Allerhöchstdieselben gegen 10 Uhr eingetroffen sind. (Staats-Anz.)

**Köln, 26. August.** Der österreichische Feldzeugmeister Baron v. Haynau hielt sich gestern einige Zeit hier auf. Auf dem Bahnhofe der rheinischen Eisenbahn wurde, wie erzählt wird, wiederholt ein gelientes Pfeifen vernommen, wodurch man dem alten Krieger sein Missfallen über seine letzte Wiefamkeit darthun wollte. (Ref.)

**Weslar, 24. Aug.** [Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen] kam gestern Abend, über Kassel und Gießen kommend, unter dem feierlichen Geläute aller Glocken, begrüßt von den Civil- und Militär-Behörden, durch unsere Stadt, übernachtete bei dem Fürsten zu Solms-Braunfels in Braunfels und kam von dort heute früh hierher zurück, um das von Weslar versammelte Observations-Corps, bis jetzt aus 4 Bataillonen Infanterie, 3 Schwadronen Husaren und einer reitenden Batterie bestehend, zu inspizieren. Eine große Volksmenge von nah und fern wohnte diesem militärischen Schauspiel bei. Nach Beendigung desselben setzte der Prinz die Reise nach Koblenz fort. (D. P.-A.-Z.)

**Kreuznach, 26. Aug.** [Militärisches.] Am heutigen Morgen hatten wir hier ein besonders bewegtes militärisches Leben, indem der Prinz von Preußen über die in hiesiger Gegend zusammengezogene Division Musterung abhielt; seit dem Durchmarsch der Armee nach Baden war hier seiner keine solche Masse Militär konzentriert. Der Prinz von Preußen mußte, von Koblenz kommend, in Begleitung der Generale Hirschfeld, Bonin und Fidler rasch die Truppen und seine, ohne die Stadt selbst zu berühren und ohne ferneren Aufenthalt, seine Reise nach dem Süden fort. Das militärische Schauspiel hatte eine außerordentliche Menge Zuschauer, zum großen Theil Damen, angezogen, und eine endlose Reihe Wagen bedeckte die Chaussee nach Bingen, in deren Nähe die Parade stattfand. — Wie lange das Truppenkorps noch hier bleiben wird, darüber sind selbst die höheren Offiziere in vollständiger Ungeheißigkeit; man glaubte indess, der Prinz von Preußen würde dahin einschlagende Befehle mitbringen; ob es geschehen, vermögen wir noch nicht zu sagen. (Düsseld. Z.)

## Deutschland.

**Frankfurt, 26. Aug.** [Tagesneuigkeiten.] Se. kgl. Hoheit der Prinz von Preußen, der nach stattgehabter Inspektion in Weslar wieder in Koblenz eingetroffen ist, wird nun auch einige Tage in unserer Stadt verweilen, und von hier aus in das Großherzogthum Baden zurückkehren. — Die Großfürstin Helena von Rußland, welche den Herzog von Nassau in Biebrich besucht hatte, ist in Baden-Baden eingetroffen, aber nicht vom Herzoge dahin begleitet worden. — Graf v. Buol-Schauenstein, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Oesterreichs am Hofe von St. Petersburg, ist hier eingetroffen. (S. Z.)

Seine königliche Hoheit der Prinz von Preußen ist den 28. d. M. von Frankfurt a. M. nach Darmstadt abgereist, von wo derselbe sich nach Karlsruhe begeben wird. (C. C.) Darmstadt, 26. August. Die heute erscheinende Nummer des großherzogl. Regierungsblattes enthält ein Edikt, die auf den 10. September festgesetzte Eröffnung des Landtages betreffend.

**Kassel, 26. Aug.** [Eröffnung der Kammeren.] Heute Vormittag um 11 Uhr wurde die Stände-Versammlung von dem Vorstände des Finanzministeriums, geh. Rath Komersch, eröffnet. Auch die Ministerial-Vorstände von Baumbach, von Haynau und der mit der Verfassung des Ministeriums des Innern beauftragte Herr Abbe, waren sämmtlich in großer Anstalt erschienen. Als Landtagskommissar ist der Assessor von Gode aus beauftragt. Sämmtliche Abgeordnete ohne Ausnahme leisteten (sobald den in der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Eid. Es wurde dann auf den Antrag des Präsidenten der Wahl eines Ausschusses zur Entwerfung der Antwortadresse, auf den Antrag des Abgeordneten Detter, die alsbaldige Wahl eines leitenden (auch ständischen) Ausschusses beschloffen und zur Vornahme dieser Wahl eine weitere Sitzung auf heute Nachmittag anberaumt. Der Legitimationsauschuss wurde beauftragt, bis dahin über die Legitimation des weiter erschienenen Abgeordneten Peters zu berichten. Die Eröffnungssprache lautet wie folgt: „Hochgeachtete Herren! Durch allerhöchste Vollmacht ist es uns, zu welchem, nach eingetretener Auflösung der vorigen Ständerversammlung, Sie durch neue Wahlen berufen sind. Im Namen Sr. kgl. Hoheit des Kaisers habe ich heute bei der Verberung der landvertheilichen Huld und Gnade die zuversichtliche Hoffnung ausgesprochen, daß Ihre Thätigkeit eine segensbringende sein werde. Die schon seit dem Jahre 1848 in große Bewädung getretene Finanzlage des Landes ist begründet worden, die nämlich, wie zur Zeit der Auflösung, nur das jetzt, nachdem mehr als zwei Monate verlossen sind, und nur durch die außerordentlichen Verbindlichkeiten ermöglicht wurde, die Nothwendigkeit einer unverzüglichen Gewährung der Mittel zur Befreiung der Staatsausgaben noch unabwiderlich sich darstellt. Die Regierung wird Ihnen daher sofort, als den nächsten Gegenstand Ihrer Thätigkeit einen Gesetzentwurf über die einseitige Forterhebung der Steuern bis zum 30. September d. J. zur Verathung und Annahme vorlegen, um bis zur Mitte des künftigen Monats ein neues Budget, dessen Vollendung noch von der Erwägung und Feststellung der in den Erörterungen abhängt, nebst Vorschlägen zur Deckung des aus der früheren Zeit vorliegenden bedeutenden Defizits, so wie sonstigen den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechenden Gesetzentwürfen, zur Vorlage bringen zu können. Den unangenehmen Schwierigkeiten gegenüber, welche die gegenwärtige Lage des Staates nach Geld und nach Innem darbietet, ist sich die Staatsregierung der ihr deshalb obliegenden Pflichten tief bewußt, sie kennt die Wege, welche sie einzurichten mit Vorsicht, andererseits mit Kraft und Entschiedenheit zu gehen hat, und ist in



klarer Auffassung der gegebenen Verhältnisse von dem reinsten Willen befreit, die dem engsten und weitesten deutschen Vaterland drohenden Gefahren, so viel an ihr liegt, abzuwehren und für die wahre Wohlfahrt des Staates mit allen Kräften thätig zu sein. Soweit sie hierbei ihrer verfassungsmässigen und legalen Wirkthätigkeit bedarf, glaubt sie darauf um so sicherer rechnen zu dürfen, als auch Sie nicht unterlassen werden, den Geist des Augenblicks und die konkreten Verhältnisse klar und mit Bestimmtheit jeder Selbsttäuschung ins Auge zu fassen. Die Staatsregierung wird in jeder Lage im Aufsehen auf den Willen und Bestand des Allmächtigen ihr Amt so auszuüben trachten, wie sie es in ihrem Gewissen vor Gott und dem Lande zu verantworten gedenkt. Von Ihrer Seite, hochgeachteter Herr, darf sie mit Zuversicht diejenige bereitwillige Unterstützung in Anspruch nehmen, welche die Möglichkeit eines gemeinschaftlichen gedächtnisreichen Wirtens auf der Bahn der Verfassung und der regelmäßigen Ordnung bedingt. Im Namen Sr. königlichen Hoheit des Kurfürsten erkläre ich den Landtag für eröffnet.

**Wiesbaden, 25. August.** [Eine Ansicht.] Einen kleinen Beitrag zu dem Prognostikon für die Zukunft Frankreichs unter Heinrich V. bietet folgende Betrachtung. Gestern wurde hier ein Concert gegeben, dessen Ertrag zu dem Wiederaufbau unserer abgebrannten evangelischen Kirche bestimmt ist. Auch der Graf von Chambord erhielt eine und zwar speziell für ihn französische abgefasste Subscriptionsanmeldung, welche den Zweck des Concerts angab. Aber der künftige allerchristliche König wies sie mit der Erklärung zurück: „daß seine Grundsätze ihm verbieten, sich daran zu betheiligen.“ (Stf. 3.)

**Dresden, 26. Aug.** Militär-Ansicht. Mit dem 1. September wird ganz unvorhergesehen eine umfassende Beurlaubung bei den hiesigen Truppen eintreten. Dem Vernehmen nach werden einhundert der Egaranten von jedem Bataillon nicht mehr als 300 Mann im Dienst verbleiben. Zur Verklärung der hiesigen Garnison werden jedoch die noch in der Weisner Gegend kanonisierten Bataillone der Leibinfanterie, sowie das bis jetzt in Meusdorf bei Stolpen stationirt gewesene Bataillon der Brigade Georg hier eintreffen, verestalt, daß wir zehn Infanteriebataillone (zusammen 3000 Mann) als Besatzung behalten, deren Unterbringung zum größten Theil in den Kasernen ermöglicht werden dürfte. Eine größere Truppenzusammenziehung behufs der Herbstübungen wird dieses Jahr aus naheliegenden Gründen nicht stattfinden. (D. A. 3.)

### Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

**Kielerburg, 27. Aug.** Noch immer Waffensruhe seit dem 25. v. M., nur hin und wieder durch kleine Vorpöschengefechte unterbrochen. So vor mehreren Tagen auf unserem rechten Flügel in der Nähe von Altenhof, so vorgestern wieder auf unserem linken Flügel bei Süderkappel. Die Dänen rücken vor mit mehreren Kompagnien, zwei Geschützen und einer Abteilung Kanalarie; unsere Vorpösch (vom 1. Jägercorps) gegen sich vor ihnen aus dem Dorfe zurück und auf ihre Feldwache, gingen dann mit dieser vor und verjagten den Feind wieder aus dem Dorfe. Unsererseits haben wir nichts verloren; die Dänen haben einige Tode und Verwundete. Sie sollen auch bei dieser Gelegenheit wiederum von ihrem Prinzip des Menschenscheues Anwendung gemacht und zwar den Mäuler von Süderkappel mit fortgeschleppt haben. Wir sprechen wiederholt die Hoffnung aus, daß unsere Armee sich bald in den Stand gesetzt sehe, das arme Südschleswig wieder frei zu machen von dem furchtbaren Drucke, der auf ihm lastet. Deutschland wird nicht müde werden in der Erfüllung der Ehrenpflicht, das Seine hierzu beizutragen. (D. M.)

**Altona, 27. August.** Die Dänen sind mit 5 Schiffen bei Grönwald (Grünwald), in der Nähe Moers und eins der Güter des Prinzen von Meers gestern Abend mit 5 Schiffen gelandet, nachdem sie den ganzen Tag am Ufer vor Anker gelegen hatten. Heute Nacht ward auf die erste Nachricht hin in Kiel Generalalarm geschlagen und die 4. Kompagnie vom 5. Jägercorps rückte aus. Halten die Dänen Stand und wollen sie mehr als Kontribution requirieren, so giebt es heut einen ernsthaften Zusammenstoß, da Grünwald schon zum Theil unsere Kette berührt. Allen Anschein nach wollen die Dänen aber nichts weiter, als auf den Gütern des Prinzen Requisitionen betreiben. Grönwald liegt noch auf schleswigischem Boden und scheinen die Dänen das holsteinische Gebiet unter allen Bedingungen schonen zu wollen. — Die dänische Armee soll wiederum 35,000 bis 40,000 Mann, trotz der Verluste der Schlacht stark sein; dabei hebt man im Schleswig'schen Alles, was nicht geflüchtet ist, aus. Die Südschleswiger und Angeler gehen mit Lebensgefahr aus dem Lande, um sich nicht inroliren zu lassen. Bängt man sie aber, so drohen ihnen die furchtlichsten Strafen, denn 5 Tage bei Wasser und Brod werden schon für die festgesetzt, welche nur irgend einen Gegenstand mit deutschen Farben im Hause haben. Aufsoff ist der äußerste Punkt vor Schleswig, mit dem keine munitirt werden kann; darüber hinaus ist jede Verbindung aufgehoben. Am Dänemarsch werden hölzerne Baracken gebaut, Schloß Gortorff ist in eine Festung verwandelt und der davor liegende schöne Biergarten ruiniert, so daß Schleswig fast in ein besestigtes Lager verwandelt ist. Schleswig ist der Centralpunkt der Dänen; die Generale von Krogh und von Moltke, Hardeboogt Blumfeldt und Amtmann Berger haben hier außer vielen andern ihren Sitz und von hier aus gehen alle die übermächtigen Requisitionen aus.

### Rußland.

Wir erfahren, daß die schon in früherer Zeit in Aussicht gestellte Reduktion und Dislocirung der russischen Armee nächstens wirklich zur Ausführung kommen werde. (C. C.)

### Österreich.

**Wien, 28. August.** [Trostlosigkeit der Finanz-zukunft.] J. Heller. — Die Sache der Schleswig-Holsteiner. — Die trostlosen Finanzzustände scheinen noch weit entfernt zu sein von einer eigentlichen Radikalkur und es mehrten sich leider noch die Anzeichen in den Maßnahmen der Staatsverwaltung täglich, welche eine einlose Fortdauer des Papier-Regiments verheissen, obgleich andererseits die ungeheuren Verluste des Nationalanleihekurses zu einer raschen Abhilfe des Selbstmarmers anspornen sollten. Dies wiederum rechtfertigt vollends den Argwohn derjenigen, welche in dem künftigen Hinauszuziehen der Geldwirth die ehrsche Bucht der Personellen erwarten, denen vor der Wiederherstellung eines geordneten Geldwesens bangt, weil eben nur die Schwankungen des Courses ihnen den mäßigen Gewinn abzuwerfen geeignet sind, nach dem sie drücken und dem sie das Wohl des Volkes gern opfern. Die neue Verordnung, die dem Leihhause verbietet, selbst auf das kostbarste Pfand mehr als 10 Gulden zu geben, deutet die Zämmlichkeit einer Verwaltung grell genug auf, die bei den unermesslichen Verschwendungen von Geldmitteln die Steuer hat, der höchsten Armut ein wohlverdienstliches Darlehen zu verweigern! Auffallend erscheint es dem Publikum, daß die seit vielen Jahren vermögensreichsten Schlichter Situations in Argentinien, Heidenhof u. s. w. plötzlich sich ansehnlicher Reparaturen und Verschönerungen zu erfreuen haben; die öffentliche Meinung schreibt die Wohl der gegenwärtigen Zeitpunkt zu dieser Arbeiten dem herrschenden Papier-Regiment zu, das bei einem bevorstehenden Bankrot des Staats allerdings die wohlfeilsten Heilungsmittel erlaubt. Selbst den mit großem Eifer und mit unerhörter Verschwendung betriebenen Reformen in der Heeresleitung schiebt man ähnliche Motive unter, eine Ansicht, die durch die sorglose Vergewandtheit im Staatshaushalt allerdings einen gewissen Anstrich von Wahrscheinlichkeit erhalten mag. — Die Angelegenheit des in Kielerburg verhafteten und späterhin ausgewiesenen Sidor Heller hat hier insofern einiges Aufsehen erregt, als Alle, die die harmlose Persönlichkeit des Reporters kennen, über seine mangelhaften Abrechnungen belustigt waren; Herr Heller, aus einer jüdischen Familie, hat sich in der That als ein sehr unglücklicher Mann erwiesen.

sehen Familie in Böhmen, war hier einige Jahre Hofmeister im Hause eines israelitischen Bankiers und als sonderbarer Kauz bekannt. In seiner Jugend entflohr er nach Straßburg und wollte mit Gewalt sich bei der Fremdenlegation in Algerien anwerben lassen, doch das französische Kommando wies den Kriegslustigen als unthätig zurück und der verführte Held mußte ohne kriegerische Abenteuer zwangsweise nach dem nördlichen Buntland zurück wandern. — Die Sache der Herzogthümer bildet eine Herzensangelegenheit des hiesigen Volkes, das jede Verschöpfung der tapfern Schleswig-Holsteiner zu rächen weiß. Dies erfährt jüngst in Künhaushaus ein preussischer Handwerker, der bei einer Sammlung belohnend auftreten wollte und die Holsteiner für Rebellen erklärte, daß aber von den Anwesenden der durchgegrüßte und halbtote vor die Thür hinausgeworfen wurde, ohne daß die Gendarmen davon weiter Notiz nahmen. In der Vorstadt Landstraße wollte der Gastwirth zum Jägerhau die Volkssympathie für die Schleswig-Holsteiner zu eigennütigen Zwecken mißbrauchen; doch kaum hatte das sehr zahlreich versammelte Publikum erfahren, daß der Wirth ihnen den politischen Kader nur gleichgültiger Weise vorgehalten habe, so entstand große Aufregung und die Militärgewalt zwang den Betrüger, das Eintrittsgeld wieder an die Gäste zurückzugeben, die sofort das Haus verließen.

**N. B. Wien, 28. August.** [Tagesbericht.] Das heutige Reichsgesetz- und Regierungsblatt enthält die Verordnung des Justizministeriums vom 3. August 1850, gültig für alle Kronländer, in welchen die Strafsproceßordnung vom 17. Jan. 1850 in Wirksamkeit steht, wodurch im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern, in Beziehung auf die Bildung der Geschworenenslisten für die bei den Schwurgerichtssitzungen in den Jahren 1850 und 1851 zu verwendenden Geschwornenen mehrere Ausnahmestimmungen angeordnet werden. — Der Erzieher im Theater zu Pest hat dort so verschärfte politische Maßregeln zur Folge, daß es eine gedrängte Stimmung in der Bevölkerung hervorbringt. Starke Patrouillen durchziehen unablässig die Straßen. Sie sind, wie in einer feindlichen Stadt, mit Vorhut und Nachhut versehen. Die Gendarmen werden „fertig“ gehalten. Man sollte glauben, die Polizei wäre einer fürchterlichen Verschwörung auf die Spur gekommen und die ganze Demagogie Europa's wäre nach Pest überföhrt. Die Theatergalerie wurde auf unbestimmte Zeit durch die militärische Behörde gesperrt, wodurch das tägliche Defizit der Theaterkasse durchschnittlich 90 fl. beträgt. Die Störungen aller Anstalten sind unterstellt, selbst die Kleinkinderbewahranstalt durfte die gewöhnliche Monatskassung nicht halten. Die Besucher finden die Straße zu hart. Weil 17 unvernünftige Individuen sich ungebührlich benahmen, soll nun eine ganze Bevölkerung darunter leiden. — Die schwarzen Scharen, welche seit Verhängung der gesetzlichen Exccution die Straßen Brunnens durchzogen, haben sich bereits verloren und nur der Eindruck dieser Demonstration blieb zurück. Sie gab den Gefühlen gegen den Klerus Worte, welche nicht im Verstand der Liebe stehen. Dompfieren des Kapitals zu Brunn lehnten die Theilnahme an dieser Demonstration ab. — Die Verhandlungen über die Reorganisation der k. l. Akademie der Wissenschaften sollen künftigen Monat im Ministerium des Innern ihren Anfang nehmen. — In Salzburg finden sich jetzt folgende Personen vereinigt: der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg, Graf Fesselrode, Baron Meyendorff, Graf Medem, Graf Seregin, Graf Chreptowitsch, Graf Maszoff und der österreichische Legationssekretär v. Zwirgmaier aus München. — Die Angelegenheit der russischen Dekupation der Donaufürstenthümer wurde auf eine merkwürdige Weise entschieden. Rußland, gedrängt von der Fiktion, die Truppen zurückzuziehen oder sein Vorhaben zu erklären, frag die beiden Fürsten Schika (in der Moldau) und Stierby (in der Wallachien), ob sie die Ruhe in ihrem Lande garantiren wollten. Fürst Schika jagerte mit der Erklärung und Fürst Stierby, der seine Erhebung russischem Einfluß zu verbanden hat, meinte, dazu brauche er zwei Jahre Bedenkzeit. Daher bleiben in der Moldau 6000 Mann russische Dekupations-truppen, und in der Wallachien 7000 Mann.

\* Angekommen sind: Sr. Excellenz der Herr G. v. K. Freiherr von Hammerstein aus Warschau und der k. russische Lieutenant Swankö aus Warschau mit Despeschen.

### Italien.

\* **Turin, 22. Aug.** Gestern traf Sir Stephens, der neue Geschäftsträger der vereinigten Staaten beim Turiner Hofe, hier ein und ward von dem Präsidenten des Ministeriats, welchem er sein Kreditiv-Schreiben überreichte, feierlich empfangen. Sein Vorgänger Herr Nassi läßt hier die freundlichsten Erinnerungen zurück.

\* **Rom, 15. August.** Der „Messaggero modense“ bringt eine Korrespondenz, welcher wir Folgendes entnehmen: Eine neue Kongregation ist mit dem speziellen Auftrage, die organischen Gesetze, welche zur Erfüllung des motu proprio vom 21. September 1849 bestimmt sind, gebildet worden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser mit solcher Feinheit verknüpfte, der Diplomatie mitgetheilte, von der französischen Nationalversammlung und den Journalen aller Farben beschriebene Akt, die Grundlage der neuen Ordnung der Dinge hier zu bilden bestimmt ist. Die Kongregation ist aus den Kardinalministern: Antonelli, Marini und Altieri, welche sämtlich zur aufgelösten Kommission gehören, aus Mons. Metelli, Auditor der Santa Rota, Mons. Battoli, Staatsadvokat und Herrn Santani, Minister der Justiz und der Gnade zusammengesetzt. Es scheint als werde diese administrative Behörde, welche ursprünglich Staatenkonfulten genannt werden sollte, nunmehr den Titel: „permanenter Finanzrath“ erhalten. Weiter hat es den Anschein, daß dem Staatsrath das Recht, sich zu versammeln und regelmäßige Sitzungen abzuhalten, nicht gestattet werden wird, sondern daß es ausschließlich der Regierung zustehen solle, ihn von Zeit zu Zeit zu versammeln und sein Gutachten in Gefühlsgelegenheiten einzuholen. Man versichert, das ursprüngliche Projekt, den römischen Staat in 4 große Abtheilungen zu zerfallen, sei neuerdings wieder aufgenommen worden und nur der Widerspruch der Städte Ferrara und Ravenna, die dabei des Reiches, einen Kardinal-Legaten, an der Spitze zu haben, verweigert gehen würden, habe dessen Ausführung bis jetzt hant gehalten.

### Frankreich.

\* **Paris, 26. August.** [Es werden bei der Rückkehr des Präsidenten Demonstrationen beabsichtigt.] — Verschiedenes. Ein hiesiges Journal bringt heute folgende Anfragen an das Ministerium: „Ist es wahr, daß die Mitglieder der Gesellschaft des 10. Decembre dem Präsidenten eine Donation bei seiner Rückkehr vordereiten? Ist es ferner wahr, daß auch die Nothen ihrerseits für diesen Tag etwas im Werke haben?“ Zur Ergänzung dieser Fragen kann ich Folgendes mittheilen: Ob die société du 10. Decembre dem Präsidenten einen Triumph-Einzug in Paris vorbereiten, ist noch ungewiß; für positiv aber gilt es, daß die ergränzten Demonstrationen eine Demonstration beabsichtigen, die vielleicht mehr als ein bloßes Charivari sein soll; dies würde nun freilich das sicherste Mittel sein, um dem Präsidenten zahlreiche Sympathien zu verschaffen. Nachdem nun aber das Komplot bekannt geworden, so ist es mehr als gewiß, daß Bonaparte ganz ruhig in Paris einziehen und das Hotel Elisee ohne jede Störung erreichen wird. Dr. Carlier ist ja da.

In Betreff des Rückzugs der Reise kann ich nur wiederholen, was ich bereits früher gemeldet. Der Empfang in Saarb., Lüneville und Nancy scheint zwar günstiger gewesen zu sein, als in Belgien, Colmar, Mülhausen und Straßburg. Allein die hiesigen Journale sind nicht weniger günstig als die dortigen.

was hülfe, die Reise als Ganzes hat den beabsichtigten Zweck verfehlt; die Illusionen sind vernichtet, was auch aus der vorliegenden Sprache der ephemerischen Organe ganz deutlich hervorgeht. Es ist keine Aussicht mehr auf das Kaiserreich und auch eine zehnjährige Verlängerung der Gewalt ist noch zweifelhaft. Die einzige Hoffnung, die Bonaparte noch bleibt, ist auf eine dreijährige Verlängerung der Präsidenschaft. Diese provisorische Lösung ist wahrscheinlich, aber wie weit ab liegt diese von der durch die ephemerischen Journale angekündigten!

Am 24. war der Oberpräsident der Rheinprovinz, Hr. v. Eichmann, nach Saarb. gekommen, um den Präsidenten im Namen des Königs von Preußen zu begrüßen. — Am 25. war Bonaparte in Metz.

Wie sehr die Haltung der Bevölkerung auf der Rheinreise des Präsidenten die imperialistischen Pläne des Elisee modifizirt hat, geht besonders aus folgenden Zeilen der „Patrie“ hervor: „Es ist unmöglich die Tragweite der lokalen Worte zu beschränken, durch welche der Präsident seine Lage dem Lande gegenüber definiert wollte. Trotz der Größe seiner Abstammung, Reffe des Kaisers, steht er sich doch nur als den Präsidenten der Republik an. Trotz der Einmüthigkeit des Volkes, das ihm die Gewalt übergeben hat, will er doch nur Präsident der Republik bleiben. Welches aus die Begehren der Konstitution sein mögen, obgleich diese bekanntlich von den Republikanern der ersten National-Verammlung gegen die Absichten redigirt worden ist, die man bei ihm voraussetzte, obgleich er mehr als einmal nicht nur durch einige seiner Freunde, sondern auch durch die erfahrensten und weisesten Männer angegriffen wurde, diese Verfassung zu brechen, wird sie der Prinz Louis Napoleon doch bis zur Selbstverleugung respektiren.“ Allerdings fährt der „Abend-Monitor“ auch die „Patrie“ über diese Kleinmüthigkeit sehr hart an, und tadelt diese zuwärtende Politik mit der Aufrechterhaltung des status quo, „da doch der Prinz Napoleon das einzige Schwert ist, welches jetzt der Demagogie den Weg versperren kann.“

Dasselbe Journal (der Abend-Monitor), welches vor einigen Tagen den Enthusiasmus damit anfeuern wollte, daß es von einem Komplot auf das Leben des Präsidenten in Straßburg berichtete, wozu sich aber nichts befestigt hat, läßt nun dieses Komplot weiter reifen und meldet, daß in Metz ein Individuum den Plan gefaßt hätte, den Präsidenten mit einer Kanone zu ermorden! Der Korrespondent will diese Nachricht von seinem Nachbarn und dieser sie wieder von einem Polizei-Kommissarius u. haben.

Nach einer allgemeinen Korrespondenz wird Bonaparte am 3. Septbr. in Eberburg eintreffen, drei Tage daselbst verweilen und bei der Rückkehr auf der Insel Wight mit der Königin von England zusammentreffen (?). Hier in Paris wird der Präsident am 28. erwartet.

Bei Gelegenheit der jetzt ausgestreuten Gerüchte von Attentaten auf das Leben Bonaparte's wird mit folgender Mittheilung gemacht, die von einem Mitgliede der Permanenten-Kommission herührt und die ich nur nachzählen will: Im Monat März langte ein Schweizer in Paris an, dessen finstere, mysteriöse Aussehen auf geheime Pläne schließen ließ. Er wohnte in einem entlegenen Hotel und nahm Niemanden bei sich auf, bis eines Tages ein Mann mittleren Alters anklopfte und eintritt. Bei seinem Anblicke schied der Verschöner — denn dies war der Fremde — zusammen und erkannte den höchsten Beamten der Republik, den Präsidenten Bonaparte. Ich kenne Ihre Absicht, ruft dieser, Sie sind ein Unglücklicher; Sie kommen nach Paris, um mich zu ermorden, ich habe schon einmal Gelegenheit gehabt, Ihnen in der Schweiz Gutes zu thun, ich werde Ihnen noch mehr erzeigen. Man hat mit Alles gesagt, ich komme Sie zu retten. Entsagen Sie diesem abscheulichen Unternehmen oder Sie sind angeheilt, aber es auch Licht tritt. Bleiben Sie, nehmen Sie diese Waise: hier ist auch ein Paß, und lassen Sie sich nicht mehr in Frankreich sehen, so lange ich regiere. Der Unglückliche, bleich und halb todt, kann nicht anders, als sich zu den Füßen des Präsidenten werfen, und unter Schluchzen um Vergebung bitten. Befragt durch die Reminiscenz aus der Tragödie Cinqta, bittet er den Prinzen in Paris bleiben zu dürfen, um ihn von allen Verschwörungen gegen sein Leben in Kenntnis zu setzen. Der Prinz entfernte sich, ihm statt jeder Strafe diese Gnade bewilligend. Jetzt wagt nun dieser Konspirator, der das Meiste eines verurtheilten Spions dem des Mörders vorgezogen hat, über das Leben, das er selbst bedroht hat. — Dies die Erzählung des Depu'tirten, deren Garantie ich diesem überlassen muß.

Bekanntlich hat Louis Philipp das Museum Starbisch als sein Privat-Eigentum von der Republik reklamirt und ist ihm dasselbe auch durch den Staatsrath zuerkannt worden. Der Exilirt in Claremont hat nun diesen Gerechtigkeitsakt durch einen Akt der Großmüthigkeit erweitert. Der Staatsrath hat ihm das kostbare Museum zuerkannt, Louis Philipp hat es nun dem Staate geschenkt. Wir registriren diese Thatfache ein — sagt das „Evenement“ — zur Ehre des alten Königs von Frankreich. Wir beglückwünschen ihn und danken ihm für diesen edlen Gedanken.

### Griechenland.

\* Man schreibt uns aus Athen vom 18. d. M. Die Blätter aller Farben beschäftigen sich mit der Abreise des Königs. Die Oppositionsblätter sind mit dem Principe der Regenshaft einverstanden, allein sie behaupten, der Minister hätte das bezügliche Gesetz mit den bestehenden Institutionen des Landes in Einklang setzen sollen. Das neue Kabinett wird von ihnen als retrograd in der heftigsten Weise angegriffen. Ueber den Zweck der Reise kursiren die verschiedensten Versionen. Eines der Athenner Blätter, „das Jahrbuch“, meint, es handle sich um die wichtigsten aller Angelegenheiten, nämlich um die Regelung der jetzt unbestimmten gelassenen Thronfolge.

### Sprechsaal.

#### Zum Streit über die Bedeutung und Ertheilung der juristischen Doktorwürde.

Indem wir hiermit einen seit längerer Zeit in den Hintergrund getretenen Gegenstand wieder an's Licht ziehen, fürchten wir nicht, irgend etwas einigem Interesse dafür begegnen zu können. Das Objekt dieses Streites hängt mit wichtigen Prinzipien-Fragen zusammen, und die Sache, die ihn hauptsächlich veranlaßt, harret immer noch ihrer legitimen Entscheidung entgegen. Was wir hier beabsichtigen, beschränkt sich indess auf eine Rekapitulation und Abwägung der gegenseitig vorgebrachten Argumente und soll demnach zu der in Nr. 185 der Schif. Ztg. geleisteten Revision zum Vorberathen eines wohlgegründeten Endurtheils nöthig sein. Einem absoluten Volkshandwerk wird es jedoch hierbei nicht bedürfen. Einflüsse, wie der Versuch Rintel's, die eigenthümliche Stellung, die sich die hiesige Juristenfakultät in der Mehrzahl ihrer Stimmen gegen das Ministerium gegeben, aus der akademischen Freiheit und der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre zu rechtfertigen — machen den speziellen Nachweis ihrer Unhaltbarkeit vollkommen überflüssig. Anderes wie der größere Theil dessen, was Trenans (Freidmann) und der „christliche Geist“ zur Sache angeführt haben, hat keinen Angriff erfahren und ist also als eingeräumt anzusehen. Wir werden uns daher bloß das Wida'sche Votum nach seinem wesentlichen Inhalt gegenwärtigen und sodann die Einwendungen des Herrn Rintel und des Revisors dargelegen.

Das Votum geht davon aus, daß der § 12 der Verfassung Nichtsdrin den Weg zum juristischen Lehramt erschließt, auf diesem Wege stellt sich ihnen jedoch das Statut hiesiger Juristen-Fakultät, das sie von der Doktorwürde ausschließt, hindern entgegen, und man hat dieses Hinderniß wegen der inneren Bedeutung dieser Würde für ein unüberwindliches erklären wollen. Herr Wida weist nun aber nach, daß der letztere eine solche Bedeutung in der Jetztzeit gar nicht mehr beizubehalten. Er leugnet nicht, daß ebendam hohes Ansehen und Rechte mit der juristischen Doktorwürde verbunden gewesen seien; einen eminent kirchlichen Charakter mußte aber insbesondere die Doktorwürde im kanonischen Recht schon dadurch erhalten, daß sie im Namen des Papstes, bald allein, bald in Verbindung mit dem Doktorat des Civilrechts ertheilt wurde. Sodann aber weist Herr Wida auf die seit der Reformation vor sich gegangene Veränderung aller staatlichen Verhältnisse, die damit verbunden gewesene Trennung der Universitäten von der Kirche und Verwanderung der letzteren in Staatsinstitute als auf eben so viel mächtige Einflüsse hin, unter denen die bisherige Bedeutung der juristischen Doktorwürde sich nicht länger erhalten konnte. Was aber den Sinn dieser Bedeutung vollenden mußte, das war die im Laufe der Zeit eintretende Umgestaltung der Rechtswissenschaft selbst, wobei insbesondere die Wissenschaft des kanonischen Rechts eine vollständige Aufkündigung erfuhr. Jenes kanonische Recht, in welchem man ebendam den Doktorgrad ertheilte, existirt jetzt gar nicht mehr, und das noch bestehende Kirchenrecht, ein Analogen des ersteren, ist nicht von solcher Beschaffenheit, um eine besondere Doktorwürde darin zu rechtfertigen. In keinem Falle aber würde ein Doktor dieses Kirchenrechts für den alten Doctor juris canonici mit seinem hohen Ansehen und seinen Privilegien gelten können. Wenn man nun bei alledem immer noch, ja fast ausschließlich nur Doktor des jus utriusque reit, so hält man hiermit nur an einer hergebrachten Formel fest, bei welcher es auf den Inhalt, den sie ausdrückt, eben nicht ankommt. Man sieht also, daß nach dieser Wida'schen Auffassung derjenige, den man gegenwärtig zum Doctor juris utriusque macht, gleichwohl in Wahrheit gar nicht Doctor juris canonici wird! Was nun die positive Bedeutung betrifft, die man gegenwärtig allein noch der vielverehrten Würde vindiciren kann, so ist es nach Herrn Wida die einer rein wissenschaftlichen. Sollte man jedoch, meint derselbe schließlich, an der kirchlichen Bedeutung des Doktorats im kanonischen Recht unermesslich festhalten wollen, so würde doch wenigstens der Ertheilung der Doktorwürde des Civilrechts an Nicht-Christen kein Hinderniß im Wege stehen.

Herr Rintel beauptet nun vor allen Dingen, daß das berregte Statut der hiesigen Juristenfakultät sehr wohl neben den Vorschriften der Verfassung bestehen könne und hat dafür folgende Gründe: 1) Aus dem § 12 der Verfassung lasse sich für Nichtchristen ein Anspruch auf Bekleidung von Lehrämtern noch nicht sofort folgern; 2) abgesehen hiervon, macht jenes Statut Nichtchristen die Erlangung der juristischen Doktorwürde und folgeweise des juristischen Lehramts gar nicht absolut unmöglich; jene könnten sich den erwünschten Doktorhut anderswoher, allenfalls aus eigens dafür zu errichtenden Staatsanstalten erholen; 3) die Verfassung ist bis zum Erlaß des Unterrichtsgesetzes überhaupt noch gar nicht anwendbar auf das Unterrichts-wesen.

Von diesen Gründen ist aber immer einer wichtiger als der andere. Der erste soll sich aus einer Definition ergeben, welche Herr Rintel von staatsbürgerlichen Rechten aufstellt, bei deren Beleuchtung wir uns aber gar nicht einmal aufhalten dürfen, da es vollkommen genügt, auf den § 4 der Verfassung hinzuweisen, welcher den unterschiedenen Anspruch auf Bekleidung öffentlicher Ämter zu einem Rechte eines jeden preussischen Staatsbürgers macht. Die Lehramter, namentlich die akademischen, sind aber ohne Zweifel hierunter begriffen und es bedürfte einer besonderen gesetzlichen Bestimmung, um ihnen irgend eine Sonderstellung gegen die übrigen anzuweisen zu können. So lange nun Herr Rintel nicht im Stande ist eine solche ausdrückliche Bestimmung für seine Unterscheidung zwischen Lehramt und Staatsämtern nachzuweisen, wird die letztere immer nur eine Theorie bleiben, die er nicht ohne weiteres der preussischen Gesetzgebung substituiren darf.

Was den zweiten Grund betrifft, so ist es doch wohl das Natürlichste, daß, ehe die Regierung daran zu denken hat, neue Anstalten zur Realisirung gesetzlicher Bestimmungen zu gründen, positive Hindernisse derselben aus dem Wege geräumt werden. Welche Ausnahmestellung aber in dieser Beziehung die hiesige Juristen-Fakultät sollte beanspruchen dürfen, ist nicht abzusehen, auch wenn man zugeben wollte, daß sie die alte Frankfurter geblieben sei. — Endlich steht der Behauptung der vorläufigen Unanwendbarkeit der Verfassung auf das Unterrichts-wesen die einfache Thatsache entgegen, daß dieselbe in dieser Beziehung vielfach bereits zur Anwendung gekommen ist, und Herr Rintel selbst wendet sie an, indem er sich auf die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre beruft, welche eben nichts ist als ein Aneignis dieser Verfassung. Das Abwachen des Unterrichts-Gesetzes würde übrigens Herrn Rintel durchaus keinen Gewinn bringen, da das Unterrichts-gesetz nicht zum Umfusse, sondern zur detaillirten Ausführung der Verfassung bestimmt ist, die Lage der Dinge im Allgemeinen also auch nach seinem Erscheinen keine andere als die heute schon vorhandene sein wird. Das Unterrichts-gesetz wird allerdings „den christlichen Charakter von Lehr-Anstalten, die einen solchen haben, wahren müssen“; wenn aber Herr Rintel hierunter verstehen sollte, daß es deshalb die Anstellung von Nichtchristen an diesen Lehranstalten verboten werde, so wird er sich, glauben wir, getäuscht finden, da unsere künftigen Gesetzgeber die beschränkte Ansicht, wonach Anstellungen dieser Art den christlichen Charakter einer Lehr-Anstalt gefährden können, gewiß nicht theilen werden, auch wenn die Verfassung nicht bereits über diesen Punkt ein für allemal entschieden hätte.

In Bezug auf die Bedeutung der juristischen Doktorwürde, will Herr Rintel nicht zugeben, daß die letztere zu einer rein wissenschaftlichen geworden sei. Das Doktorat im kanonischen Recht sei vielmehr immer noch „eine Würde, ein hohes Amt, ausgestattet mit Rechten und Pflichten, die selbst ein, daß sie gegenwärtig nicht mehr existiren, und die Pflichten wäre er nicht namhaft, was doch schon darum nothwendig gewesen wäre, um ausmachen zu können, ob man sie wirklich nur einem Christen anvertrauen könne. Das Zeugniß des Doktores ist ganz unzureichend, denn auch bei der philosophischen Promotion wird ein Eid abgelegt, ohne daß doch das Doktorat der Philosophie als solches irgend eine amtliche Berechtigung ausübt. Wenn nun Herr Rintel seiner Auffassung gemäß in die Ertheilung des Doktorats im kanonischen Recht an Nichtchristen nicht willigen kann, so erklärt er auch das Ausnahmestittel des Herrn Prof. Wida, Jenen das Doktorat im bürgerlichen Recht gesondert zu ertheilen, für nicht anwendbar. Denn, was dem Herrn Wida für eine Auslösung des kanonischen Rechtes gilt, darin sieht Herr Rintel ein Durchwachsen der gesamten Rechtswissenschaft mit den Grund- und Lehrfäßen des christlichen Kirchenrechts und schließt daraus, daß, wer nicht Doktor dieses letzteren werden könne, auch vom Doktorat im bürgerlichen Recht ausgeschlossen bleiben müsse. Wie es sich nun mit jenem Durchwachsen in Wahrheit verhalte, darauf kann hier nicht näher eingegangen werden; wollen wir es aber auch ohne weiteres zugeben, so würde uns der Rintel'sche Schluss immer noch so vorkommen, als ob Jemand behauptete, daß Derjenige, der aus irgend welchen Gründen nicht zur Promotion in der Philosophie zugelassen ist, auch nicht Doktor der Medizin werden könne, weil die Wissenschaft der Medizin mit den Grund- und Lehrfäßen der Philosophie identisch sei.



und Psychologie durchwachsen ist, beides aber philosophische Disciplinen sind.

Wir wenden uns nunmehr zu dem Revisor und wollen denselben etwas genauer in die Einzelheiten seines Vortrages folgen.

1. Die Willkürbeweisführung wird in allen Stücken für man gelöst erklärt, weil daraus nicht genügend hervorgeht, daß der juristische Doktorwürde nicht doch noch ein Rest ihrer früheren Bedeutung geblieben sein könne. Hiermit wäre aber für die Beantwortung der „Angelipunkt“-Frage doch nicht viel gewonnen, denn a posse ad esse non valet consequentia!

2. Aus dem staatlichen Charakter der Universitäten lasse sich nicht unmittelbar folgern, daß die juristische Doktorwürde keine kirchliche sei, denn die theologische Doktorwürde bleibe doch unberührt eine solche, obgleich sie an den Universitäten ertheilt wird. Das ist allerdings richtig, und die juristische Doktorwürde könnte also wirklich immer noch eine kirchliche sein. Aber Herr Willda beabsichtigt auch jene Folgerung gar nicht, er will vielmehr, wie uns dünkt, bloß sagen, daß in jenen Zeiten, da die Universitäten überhaupt noch halb kirchliche Institute waren, notwendig auch Alles, was von ihnen ausging, mithin auch die juristische Doktorwürde von einem kirchlichen Charakter tingiert sein mußte; jetzt dagegen, wo die Universitäten Staatsinstitute geworden sind, sei es doch wenigstens möglich und erlaubt, in einem jeden einzelnen Falle zu fragen, ob dabei etwas Kirchliches im Spiele sei oder nicht und dieses eventualet gänzlich auszuschließen. Als einen allgemeinen gültigen Satz dürfen wir aber auch in dieser Beziehung aufstellen, daß, wenn nicht weil, so doch seitdem die Universitäten Staatsinstitute geworden sind, die Kirche über die theologische Fakultät hinaus „hinaus“ nichts mit ihnen zu thun hat, so viel und so gern sie sich auch mit ihnen zu thun macht, und wie müssen auch noch hinzufügen, daß, so kirchlich auch selbst die theologische Doktorwürde vermöge ihres Objekts ist, ihre Ertheilung doch immer nur auf den Staat zurückgeführt werden muß, denn der Staat schafft die Fakultäten und gewährt somit letztere die allgemeine Möglichkeit dieser Ertheilung.

3. In dem Argument, welches Herr Willda von der seit der Reformation immer mehr zur Regel gewordenen gleichzeitigen Ertheilung beider Doktorwürden herleitet, weiß der Revisor die Konklusion nicht zu finden. Wir wollen ihm dazu beistimmen. Herr Willda will offenbar sagen, daß, wenn die Doktorwürde im kanonischen Recht nachmals noch irgend eine Bedeutung übrig behalten hätte, es doch gar nicht zu begreifen wäre, warum man allmählig ganz aufgehört habe, sie gelegentlich auch für sich allein zu ertheilen.

4. Die kirchliche Dialektik bei Gelegenheit des von Herrn Willda behaupteten Zusammenfließens der beiden Doktorwürden in eine einzige — findet der Revisor natürlich treffend. Wenn sie dieses wirklich ist, so hat sich Herr Willda dabei wenigstens verbottener Waffen bedient. Denn es ist nicht erlaubt, den Leuten Vorderfüße, an die sie selbst nicht gedacht haben — hier das oben erwähnte Durchwachsensein — unterzuschieben, um dann mit leichter Mühe zeigen zu können, daß sie sich selbst schlagen! — Hierauf hören wir denn abermals wie das Doktorat beider Rechte doch immer noch eine doppelte Würde sein und doppelte Privilegien gewähren — könnte, und hieran schließt sich die uneheliche Behauptung, daß bei der veränderten Methode der Rechtswissenschaft der alte Inhalt derselben ganz unberührt geblieben sei.

Nach diesen kritischen Bemerkungen tritt der Revisor endlich mit der ersten positiven Behauptung hervor, indem er es ganz einfach eine Tatsache nennt, daß der Doktorwürde im kanonischen Rechte auch noch heute zu Tage eine kirchliche Bedeutung beizubehalten. Für die katholische Kirche beruht er sich desfalls auf das Concilium Tridentinum und die Bulle de salute animarum, was wir auf sich beruhen lassen können. Aber auch die protestantische Kirche schreibe jener Würde den besagten Charakter immer noch zu, wie z. B. daraus hervorgeht, daß in Sachsen die Stiftskirche durch dieselbe begründet wurde und vielleicht jetzt noch werde. Dieses Beispiel leidet aber gewiss nicht, was es leisten soll. Die sächsischen Stifte sind spezifisch kirchliche Institute und verlangen den Christen noch vor dem Doctor juris canonici. Man kann also nur sagen, daß ein Christ, wenn er Doctor juris canonici ist, dadurch in Sachsen stiftsfähig wird; ein Nichtchrist würde in gleichem Maße die Stiftsfähigkeit nicht erlangen. Im übrigen aber wird die Behauptung des Revisors in Betreff der protestantischen Kirche durch den bloßen Augenschein widerlegt, denn es haben ja bereits deutsche Universitäten vielfach das Doktorat beider Rechte an Nichtchristen ertheilt, und auch unser hohes Ministerium hat sich eben im vorliegenden Falle für die Zulässigkeit dieses Verfahrens gegen die hiesige Fakultät ausgesprochen. Zugleich sieht man, daß, wenn die Forderung von Nichtchristen, zur juristischen Promotion zugelassen zu werden, gleichwohl eine unbegründete sein sollte, sie nach solchen Vorgängen und Autoritäten doch wenigstens eine so gütige Bezeichnung als „anmaßlich“ in keiner Weise verdienen würde. Im Grunde fordern aber diese Nichtchristen gar nicht einmal etwas; sie erbieten sich vielmehr bloß, eine oneröse Bedingung zu erfüllen, an welche die Erlangung eines juristischen Diplomes geknüpft ist.

Aus Allem bisherigen geht nun wohl genügend hervor, daß sowohl Herr Willda als der Revisor viel zu wenig gesagt haben, um die jetzt noch bestehende spezifisch kirchliche Bedeutung der juristischen Doktorwürde einleuchtend zu machen; aber es hätte ihnen dieses fogar viel besser gelingen können und es wäre dann immer noch fraglich geblieben, ob darin ein hinreichender Grund liege, sie Nichtchristen zu verweigern. Ist man doch in unsern Tagen immer mehr von dem Gedanken zurückgekommen, daß durch Ertheilung christlicher Würden an Nichtchristen — wir wollen darunter nur die eines Doktors — namentlich anzusehen — dem Christenthum irgend ein Nachtheil erwachse, oder „christliche Institutionen die tiefgreifende Alteration erleiden.“ Und hier handelt es sich von der juristischen Doktorwürde, von der man doch selbst im äußersten Falle zugeben muß, daß der ihr etwa noch gebliebene Rest von kirchlichem Charakter wenigstens nur ein sehr geringfügiger sein könne, und für das praktische Leben — worauf doch alles ankommt — alle Bedeutung verloren habe.

## Provincial-Beitrag.

**Breslau, 29. August. [Stadtrath-Wahl.]** In der heutigen Stadtraths-Sitzung sollte die Wahl eines unbefristeten Stadtraths-Mitglieds an Stelle des jetzt abgehenden Stadtraths-Mitglieds stattfinden. Derselbe wurde wiederum vorgeschlagen, fiel aber mit 55 gegen 38 Stimmen durch. Andere Kandidaten wurden von der Versammlung nicht vorgeschlagen.

**Breslau, 29. August. [Militärisches.]** Heute wiederholte sich die gefeierte Feier für das 2. Bataillon des hiesigen 11. Infanterie-Regiments. Auch diesmal gab es eine nicht unbedeutende Anzahl ausgezeichneter Schützen, die mit Ehrenpreisen bedacht und mit Kränzen und Blumenkränzen reichlich geschmückt wurden. Die zehn besten Schützen einer jeden Compagnie erhalten besondere Abzeichen an den Uniformen.

**Breslau, 29. August. [Selbstmord.]** Der vormalsige Cafetier Heinrich Eduard Wähnschmidt, 32 Jahre alt, aus Wobslau gebürtig, sprang gestern im trunkenen Zustande aus seiner, eine Stiege hoch auf der neuen Sandstraße Nr. 3 belegenen Wohnstube in die Oder und ertrank. Berrührte Vermögensverhältnisse sollen die Ursache des Selbstmordes gewesen sein.

**Breslau, 29. August. [Theater.]** Es war ein schöner Abend, den das Haus gestern Abend darbot. Jedes Plättchen, jeder Winkel war besetzt, der Theaterbesuch hatte das letzte Aufseeren unserer gefeierten Gäste, die Madame Köpfer (in den Hugenotten) angezogen, und so war herbeigekommen, wer da nur konnte, um die edelste der Valentinien noch einmal zu hören. Das einzige Publikum, das es natürlich nicht an den künstlerischen Beifallsbezeugungen fehlen. Die Künstlerin wurde in offener Scene, nach dem 3. und 4. Akte und am Schluß zweimal hervorgerufen. Zahlreiche Kränze und Blumen floßen ihr von allen Seiten zu, und ein zugeworfener Lorbeerkränz wurde ihr von Herrn Rieger unter lauten Beifall der Versammlung auf das Haupt gesetzt. „Weisen! Weisen!“ erscholl es vielfach. Wie wollen daher dem Publikum die Nachsicht nicht vorenthalten, daß Madame Köpfer noch einmal als „Norma“ auftreten wird, und zwar zum Besten des Chors-Festivals.

Nach dem Theater erhielt die Künstlerin noch in „Zettels Hotel“ ein Gefangs-Ständchen. (T. P.)

Der neueste Staats-Anzeiger publicirt folgendes: Auf Ihren Bericht vom 10. Juli d. J. genehmigt die hiedurch die Errichtung eines Gewerbsgerichts für den Gemeindebezirk der Stadt Grottkau, welches dasselbe seinen Sitz haben und in der Klasse der Arbeiter-Geber aus fünf, in der Klasse der Arbeiternehmer aus vier Mitgliedern bestehen soll. Grottkau, den 29. Juli 1850. (gez.) Friedrich Wilhelm. (gezeichnet) von der Heydt. Simons.

Das Berliner C. B. enthält folgende Mittheilung: „Das Appellationsgericht in Ratibor scheint von der Vorbesprechung dazu bestimmt, durch das Obergericht in unauflösbare Verbindungen hineingezogen zu werden. In Folge des Reichendach'schen Falles ist der Kriminalsenat jenes Gerichtshofes bekanntlich neu zusammengesetzt worden, da die früheren, rentierten Mitglieder, v. Kiedemann und Gassen, suspendirt sind. Jetzt ist auch der neue Senat in gleiche Lage gebracht. Wegen Abdruck eines Artikels aus der „Allgemeinen Zeitung“ wurde der Buchhändler Deutsch in Ratibor vom Staatsanwalt verfolgt. Die Rathskammer des Kreisgerichts und der Appellationshof des Appellationshofes wiesen die Anklage ab. Wie in dem Reichendach'schen Falle ergiebt der Staatsanwalt Rekurs an das Obergericht. Von diesem ist ein Rekurs ergangen, dessen Ausführung nicht bloß, wie im Reichendach'schen Falle, von den beiden unteren Instanzen für ungelegentlich, sondern sogar für unmöglich gehalten wird. Der Tenor der Entscheidung lautet nämlich wörtlich: dahin: „In der Untersuchung i. c. hat der 5te Senat des Obergerichts auf die Beschwerde des Ober-Staatsanwalts i. c. vom 16. v. M. für Recht erkannt: daß auf die Anklage des Ober-Staatsanwalts Schwarz vom 24. Juni d. J. gegen den Buchhändler Emanuel Deutsch zu Ratibor die Unternehmung einzuleiten und hierzu ein Termin von dem Kreisgericht zu Ratibor vor dem dortigen Schwurgericht anzusetzen, der Ober-Staatsanwalt Schwarz auch gehalten, binnen 8 Tagen die Anklageschrift einzureichen.“

**Regnitz, 28. August. [Das Provinzial-König-Schießen.]** Schon in aller Frühe gab sich am Montage, den 28ten d. M., ein Leben auf allen Straßen und Plätzen unserer Stadt kund, woraus auch der Fremde auf etwas Ungewöhnliches schließen mußte. Es war dies das Beispiel zu dem großen Provinzial-Königsschießen, welches am 26., 27. und 28. Aug. d. J. hierselbst stattfinden sollte. Schon am Tage zuvor waren verschiedene Festgenossen, unter andern auch eine 7 Mann starke Deputation der Berliner Schützengilde hier eingetroffen. Montag erhielten wir von früh an aus allen Richtungen der Windrose her, mit und ohne Dampf, bewaffneten Zug. Vor dem Goldberger und Glogauer Thore waren Muschikäre zum Empfang der Ankommenden aufgestellt. Gegen 9 Uhr versammelten sich die hiesigen Schützen vor dem Salmayer Thore und marschirten von hier aus mit fliegender Fahne und Musik nach dem Ringe. Ein Gleiches thaten der Hainauer Bürger-Schützengilde und der Schießverein vom Goldberger Thore aus. Gegen halb 10 Uhr zog eine Abtheilung hiesiger und fremder Schützen mit Musik und Fahnen nach dem Bahnhofs, um die Breslauer Festheilnehmer, welche in sehr bedeutender Anzahl zu kommen versprochen hatten, zu empfangen und nach der Stadt zu geleiten. Das schaulustige Publikum hatte sich dazu in ungeheurer Masse eingefunden, so daß der Person kaum im Stande war, die Menge zu fassen. Mit Schnelldritt hatte man auf den Antritt des Zuges. Endlich schaukelte die Lokomotive zum Bahnhofe herein, es ertönte von Seiten unserer Stadtkapelle ein munterer Aufsch. Der Zug hielt und aus einem Waggon stiegen etwa 10 Breslauer Festgenossen. Das war ein gemaltiger Anblick von 80 oder 90, welche mit einem Extrazuge und einem Musikchor zu kommen versprochen hatten. Daß die hiesigen Schützen darüber nur lange Gesichter schneiden konnten, ist sehr natürlich. Nach gegenseitiger Begrüßung wurden die Angekommenen an die Spitze des Zuges gestellt und nach der Stadt auf den kleinen Ring geführt, wo bereits die meisten Festheilnehmer sich aufgestellt hatten. Damit nun auch nicht ein Schmin von Verwirrung sich geltend machen könnte, ließ man die einzelnen fremden Schützengilden Nummern zuweisen und dieselben in der geordneten Nummerordnung zum Ausmarsche antreten. Es zogen Nr. 1 Markt Bohrau, Nr. 2 Neumarkt, Nr. 3 Grottkau, Nr. 4 Jauer, Nr. 5 Goldberg (Schützengilde), Nr. 6 Auras, Nr. 7 Hofberg, Nr. 8 Hainau (Schützengilde), Nr. 9 Löwenberg, Nr. 10 Volkow, Nr. 11 (Schützengilde), Nr. 12 Waidenburg, Nr. 13 Lieben, Nr. 14 Berlin, Nr. 15 Deis, Nr. 16 Döppel, Nr. 17 Lüben, Nr. 18 Goldberg (Schützengilde), Nr. 19 (Schützengilde), Nr. 20 Hainau (Bürger-Schützengilde), Nr. 21 Wobslau, Nr. 22 Neufels, Nr. 23 Breslau (Schützengilde), Nr. 24 Dönnau, Nr. 25 Striegau, Nr. 26 Breslau, Nr. 27 Stogau, Nr. 28 Regnitz. Diese genannten 28 Schützen waren in Besitz von 18 Fahnen, von denen 8 als königliche Geschenke verschiedenen Gesellschaften verehrt worden waren. Nachdem sich der Zug vollständig geordnet hatte, hielt der Führer der hiesigen Schützen an die erschienenen Gäste eine Rede, welche mit einem dreimaligen Hoch schloß. Nun begann der Ausmarsch in der bezeichneten Reihenfolge um den Ring, die Frauenkränze hinab zum Breslauer Thore hinaus nach dem Schießhause. Hier wurden die Ankommenden, denen sich Tausende von Zuschauern angeschlossen hatten, mit Willersbüschen empfangen. Das Schießhaus war innen und außen festlich geschmückt worden. Auf dem Thurme wölbte die schiffartige Flagge. Die Rampen waren mit Blumen und Drangerie sinnreich verziert und im Innern des Saales hatte eine kunstfertige Hand alte und neue Waffen, so wie dergleichen Fajnen zu einer sehr netten Pyramide aufgebaut, in deren Mitte die Büchsen des verstorbenen und jetzigen Königs, so wie die des alten Königs standen. Ein höchst anziehendes und ergötzliches Bild bot die grüne mit Menschen, Zelten und Buben überfüllte Fläche des Hauges dar. Dem Schießhause gegenüber waren die Gewerbsstände in Quisform aufgestellt worden, an die sich rechts und links in großer Masse die Restaurationstuben und Zelte reiheten. Dabei fehlte es nicht an Lokalen, in welchen sich Kunsttreiber, Auktionen, Altkunst, Indianerinnen, dressirte Vögel u. s. w. mit ihren Ge- und Ungeheuerlichkeiten probirten. Die Kletter- und Laufbäume wurden namentlich von den Knaben in Anspruch genommen und an die zahlreichen Pashbuden war kaum zu gelangen. Um 4 Uhr Nachmittags ergab die Festheilnehmer niederen Ranges ein Gratul. Ball unter freiem Himmel, um die sogenannte große Linde auf dem Haage. Derselbe war sehr frequent und bot manche

Ergötzlichkeit dar. Zwei Mitglieder des Festkomitees sorgten hier für die nötige Ordnung und Wohnstättenbedürftigkeit, die wir in keiner Weise verhehrt gesehen haben. Nach 7 Uhr Abends, als die Schützen sich zur Tafel begeben wollten, ereignete sich ein eigen thümlicher Unfall. Als man nämlich die Kronenleuchte, deren Licht drei im Saale befindlichen, angezündet hatte und den mittelsten, größten, wieder emporziehen wollte, ließ der damit beschäftigte Mann die Linde aus der Hand, wodurch der Leuchte auf dem Tisch niederfiel, so daß alle Cylinder und Glasrohren in Trümmer gingen und außerdem die Deckplatte noch bedeutenden Schaden erlitten. Die Tafel war nur sehr mäßig besetzt. Die meisten Schützen schienen ihr Abendbrot in den Zelten und Restaurationen einzunehmen. Die hiesige Kapelle machte Tsch. Musik. Nach den obligaten Toasten wurden noch verschiedene heitere Trinksprüche ausgebracht. Auf dem Haage brannten eine sehr große Anzahl Feppfannen um einen hohen Mast, auf welchem eine mächtige Flagge mit dem deutschen und preussischen Farben wehte, und erhellten das bewegte Festlager auf eine höchst mythische Weise. Gegen 10 Uhr nahm das in Aussicht gestellte Feuerwerk seinen Anfang. Tausende von Menschen hatten bereits mit Sehnsucht darauf geharrt. Die Witterung war ganz dazu geeignet, da sich der Himmel mit dünnen Wolken überzog hatte, wodurch eine sehr passende Dunkelheit herbeigeführt wurde. Das Feuerwerk selbst war von einer ziemlichen Bedeutung und zeigte von einem sehr beachtenswerthen pekuniären Aufwande. Mit ganz besonderem Beifall wurden die schönen farbigen Leuchtkugeln und bengalischen Flammen begrüßt. Nach dem Schluß des Feuerwerks trieb ein sanfter Regen das Publikum unter Dach und ließ für den folgenden Tag mit Recht schlechtes Wetter fluchten. Pegg. nis scheint jedoch bei seinen Festen, was die Witterung anbetrifft, ganz besonders Glück zu haben. Auch der Dienstag folgte das schlechte Wetter mit sich, so daß sich der Haage schon vom frühhesten Morgen an mit Menschen zu füllen begann. Auf Kosten der Festunternehmer, resp. der hiesigen Schützengilde, gab Herr Kapellmeister Witz von Nachmittags 3 Uhr ab ein großes Freikonzert vor dem Schießhause, wozu sich natürlich eine sehr zahlreichere Zuhörerschaft eingefunden hatte. Da waren alle Tische und Stühle bald vergriffen und die Nachkommenden mußten entweder stehen, oder, wenn ihnen dies nicht gefiel, wieder von dannen ziehn. Um 7 Uhr Abends begann von der Schützengilde eine Ummarsch mit Musik der Durchzug durch die Bäder, der stets eine Ummarsch von Zuschauern herbeizog, weil Jedermann gern sehen will, mit wem diese oder jene Dame geht, und was für einen Ballstaat sie trägt. Herr Oberbürgermeister Schömann aus Grottkau führte als Gast den Zug an, und hatte etwa 100 Paare in seinem Gefolge. Während des Nachmittags ging es unter der Kanonade und an den Lauf- und Kletterbäumen wie der recht heiter her. Publikum verließ sich erst lange nach Mitternacht. So schön und heiter das Fest begann, so mißlich und unangenehm endigte es. Dasselbe, und führte zuletzt ein Schauspiel herbei, was in jeder Hinsicht sehr ergötzlich war. Es wird Ihnen vielleicht schon bekannt sein, daß zwischen den zwei Bresl. Schützengilden bereits vor ihrer Hieherreise Differenzen stattgefunden haben, weshalb auch, wie wir vernommen, aus dem projektirten Extrazuge nichts geworden ist. Außer dem am Montage hier eingetroffenen Breslauer Schützengilde trafen gestern noch mehrere Mitglieder des hiesigen Schützengildevereins, an den von Seiten des Festkomitees ebenfalls eine Einladung ergangen war, als Festheilnehmer bei uns ein. Natürlich wurden dieselben, ohneachtet sie keine Uniform trugen, nicht zurückgewiesen, sondern auf Grund der erfolgten Einladung und ihrer Eingangs, ihnen die gefälligen drei Schiffe gestattet, ohne daß irgend eine Person von auswärts noch hier dagegen opponirte. Erst als Herr Schwerfeger Kossau, der Breslauer Schützengilde, auf seine drei Schiffe 60, also die meisten Zirkel machte und sich dadurch das Königsrecht erworb, brach eine große Unzufriedenheit unter einem Theile der Festgenossen aus. Namentlich waren es die Mitglieder des Breslauer Schützengildevereins, welche gegen die Legalität des genannten Schützengilde Zirkels erhoben und dieselben dadurch geltend zu machen suchten, daß sie behaupteten, der Breslauer Schützengildeverein sei kein gesetzlich begründeter, folglich könne auch kein Mitglied desselben bei dieser Gelegenheit den Königspreis davontreiben. Dieser Meinung waren fast aller hier versammelten fremden Schützengildevereine. Nur die Brügger und der Hainauer Schützengilde hatten diese Ansicht nicht. Nach einem langen und heftigen Streite erklärte sich endlich das Festkomitee mit Entschiedenheit dafür, daß dem Schwerfeger Herrn Kossau aus Breslau, der Königspreis durch aus nicht streitig gemacht werden könne, und zwar in Erwägung, weil an den Breslauer Schützengildeverein eine Einladung ergangen, Herr Kossau seinen Verpflichtungen nachgekommen sei und Niemand gegen die hier anwesenden Breslauer Schützengilde Protest erhoben, bevor dieselben ihre Schiffe gelassen. Herr Kossau wurde demnach heute Nachmittags gegen 4 Uhr als König proklamirt und ihm der erste Preis, eine goldene Medaille, mit dem Bismarck des Fürsten Blücher v. Wahlstatt, im ungefähren Werthe von 50 Thlen. zuerkannt. Zu Rittren hatten sich geschaufen: Herr Buchfabrikant Seifert aus Wrieg und Herr Kaufmann Gendri aus Breslau; Ersterer mit 59, der Andere mit 56 Zirkeln. Sie erhielten dergleichen silberne Medallien nebst Silbergewinnen. An dem Eingange nahmen nur die Brügger Schützen, der Hainauer Schützengilde und die hiesige Schützengilde Theil. Es war ein sehr unangenehm abklingendes Bild im Verhältnisse zu dem des Ausganges. Mit diesem mißlichen Schluß des Festes hat auch der Himmel eine trübe Miene angenommen. Es erob sich schon gegen Abend ein heftiger Sturm, und jetzt, wo wir dies schreiben, fängt es bereits an, recht gemüthlich zu regnen. Den Schluß des Festes macht ein zweiter Ball, an dem auch Nichtschützen gegen ein Entree von 15 Sgr. theilnehmen können.

**Regnitz, 29. August. [Feuer.]** In verfloßener Nacht nach 2 Uhr wurden wir durch Feuerlärm aus dem Schlafe geschreckt. In dem Hause am kleinen Ringe und der Bäderstraßen-Ecke war im Dachraum ein Brand entstanden, der auch in kurzer Zeit das daneben befindliche Frauentische Haus ergriff und die ganze Seite nach dem Rautenkränze hin bedrohte. Hätte das dritte, Alexander'sche Haus keine Brandmauer gehabt, so würde es ebenfalls von der ausbreitenden Flamme ergriffen worden sein und sonach das Feuer noch weiter fortgepflanzt haben. Ungeachtet des Brandgebers konnte dasselbe nur mit Mühe gerettet werden. Zum Glück wurde nur ein sanfter Lüftung. Das Feuer wird jedenfalls den ganzen Tag hindurch im Innern der beiden bezeichneten Häuser welche Nahrung finden und demnach kaum völlig gelöscht werden können. Der Kaufmann Kossau, in dessen Hause das Feuer ausbrach, befand sich mit seiner Frau auf dem Schützenballe, der durch den Feuerlärm seine vollständige Endschick ereichte. Die Ursache des Feuers ist noch nicht bekannt. Die Löschordnung konnte diesmal eine musterhafte genannt werden. Es herrschte bei dem Feuer überhaupt eine musterhafte Ruhe und Regelmäßigkeit.

**Von der Schenkoppe, 27. Aug. [Diebstähle.]** Vor einigen Wochen wurde zwischen Edmannsdorf und Grottkau ein Koffer von einem Reisewagen mit großer Freiheit abgegriffen. Alle Bemühungen, den Dieb zu entdecken, blieben erfolglos. In voriger Woche wurde auf derselben Straße dasselbe Kunststück wiederholt, und abermals gelang es dem Diebe, mit seinem Raube glücklich zu entkommen. Natürlich erregte jenes so freche Raubstück großes Aufsehen, und man befürchtete nicht ohne Grund, besonders da im jüngsten Zeit verschiedene

andere Diebstähle in hiesiger Gegend vorgekommen waren, daß sich in unserm Gebirge eine Räuberbande gebildet haben könnte. Die Polizei verdoppelte ihre Thätigkeit, nach allen Richtungen hin wurden Nachforschungen gehalten. Endlich gelang es den unermüdeten Bemühungen des Gendarm-Finister zu Edmannsdorf, dem Diebe auf die Fährte zu kommen. Wie mit so eben als zuverlässig mitgetheilt wird, ist derselbe in der Provinz Leichnitz zu Bitterthal bei einem Glase Bier ertappt und festgenommen worden. Er soll bereits das Abschneiden beider Koffer eingeübt haben und es soll Hoffnung vorhanden sein, einen großen Theil der darin befindlich gewesenen Sachen wieder zu erlangen. Der Dieb soll aus Grottkau sein. Er scheint keine Helfte gehabt zu haben. Es gereicht dies zur besondern Beruhigung für die hiesige Gegend, und dürfte namentlich geeignet sein, die Befürchtungen der Gebirgsreisenden, wegen Unsicherheit der Straßen, zu zerstreuen.

## Mannigfaltiges.

**Beim, 26. August.** Gestern fand die feierliche Enthüllung der Statue des Helden statt. Die großherzogliche Familie und eine große Anzahl der hiesigen, nebst Einheim und Fremden, wohnten der Feier bei.

**Darmstadt, 26. Aug.** Sie erinnern sich noch des Aufsehens erregenden Prozesses über die Ermordung der Gräfin Goltz. Der Bediente Johann Schaff wurde von den Geschwornen der Mordes schuldig erkannt; er verließ den Saal mit einer nachmaligen feierlichen Bekehrung seiner Ansicht. Jetzt, im Zugehau zu Marienfeld, hat er freiwillig ein umfassendes Geständnis abgelegt: das Geschworenengericht hat recht gesprochen, er ist der Mörder der Gräfin. Nach Inhalt dieses Geständnisses ist er zur Gräfin hinaufgegangen, um sie zu morden, das er ausgeht; er hat das Zimmer leer gefunden, den Schreibe mit Schmauch und einem Briefbogen offen das hat ihn zum Diebstahl veranlaßt. Die Gräfin ist aus dem Nebenzimmer gekommen und hat ihn gefaßt; er hat sie hinterhals geschlagen, sie nach langem Kampfe durch Einwürfen der Damen in die Burgel erzwungen, dann alles verfaßten und sich entfernt. In einem Wirtshaus hat er drei Schoppen Wein hinuntergeschüttet, den Gräfin aus dem großherzoglichen Palais abgeholt, ist dann, als dieser seine Wohnung wieder verlassen, nochmals in die Gemächer der Gräfin gegangen, hat sie noch nicht ertappte Leiche an den Estrich geleitet, durch Umgeben mit leicht zündenden Stoffen die Verbrennung derselben vorgenommen und endlich den Schlüssel der verschlossenen Thüre in den Estrich geworfen. So das Geständnis, welches freilich noch viele Lücken bietet und vieles unaufgeklärt läßt. Es ist daselbst zur Begründung eines Begnadigungs-gesuchs deponirt und dieser Umstand ist genügend, daß die mit großer Vorsicht aufzunehmen.

Nach einer uns zugehenden Mittheilung soll das Königl. in der Stadtordnungs-Verordnung erwachte, angeblich mit großem Erfolg in den hiesigen Cholera-Gezeiten angeordnete Mittel gegen die Cholera, in einer Mischung von Chloroform und Terpentinöl bestehen. Es wird hinzugefügt, daß dasselbe auch in der königl. Charité in vielen Fällen heilsam gewirkt habe, in vielen anderen dagegen wirkungslos geblieben sei. (C. B.)

**Pleschen, 25. Aug.** Am 22., 23. und 24. d. M. fand eine Durchsicht der Wälder an beiden Seiten der Warthe in den Kreisen Breschen, Schroda, Schrimm und Pleschen durch die in den gedachten Kreisen befindlichen und zu diesem Zweck vereinigten Militär-Kommandos statt, welche die Aufhebung der in den öffentlichen Wäldern mehrfach erwähnten Räuberbanden zum Zweck hatte, jedoch ohne Erfolg gewesen ist. Dagegen haben wir es der Aufmerksamkeit und anerkennenden Thätigkeit der Gendarmen des hiesigen Kreises zu verdanken, daß, nachdem dieselben schon früher nach und nach mehrere der Theilnahme an den im hiesigen und in den angrenzenden Kreisen vorgekommenen Raubfällen und Raubmorden verächtliche Personen aufgelesen, sie in der verfloßenen Woche wiederum vier nicht unbedeutende Häupter der Patrons-fürken Bande im Krüge von Pieschitz gefangen waren. Unter den vier letzteren befand sich ein gewisser Schmitz, welcher gefangen hat, an dem in einem bauerlichen Stallsystem bei Santomel unter Anleitung des Patrons-fürken Raubmordes Theil genommen zu haben. Nach die übrigen 3 Personen haben nicht unerhebliche Geldstrafen gemacht und sind sämtlich den betreffenden Gerichten überwiesen worden. Nach den Geständnissen dieser Leute soll Patowski die bei den Räuberbanden vorgekommenen Morde stets selbst ausgeführt haben. Hiernach scheint die Vermuthung nicht fern zu liegen, daß eigentlich nur eine förmlich organisirte Bande unter Anführung des Patowski lebte, die ihren Haub in den Wäldern der Pieschitz wagt, nicht auch im Krüge des letzten Ortes, und nur einzelne Mitglieder in andern Theilen des hiesigen und in den angrenzenden Kreisen hatte, weil einzelne von den Verhafteten ihren eigentlichen Wohnsitz in den verschiedenen angrenzenden Kreisen haben. Die Zahl der bis jetzt aufgekommenen als zu der Bande gehörig verächtlichen Personen dürfte sich mindestens auf 15 belaufen und die Bande mit dem freilich noch bevorstehenden Ereignis des Aufhanges Patowski als aufgelöst zu betrachten sein. Dieser weiß sich aber sehr fatal zu verdeden und wechelt, um sich unentfesselt zu machen, häufig seine Kleidung, so daß man seiner nicht leicht habhaft werden wird, was überhaupt aus nahe liegenden Gründen leichter durch Ueberleitung Seiten der Gendarmen; als durch umfangreiche Operationen größerer Militär-Abtheilungen stattdessen dürfte. Wie sehr Patowski die Gegend in Schrecken gesetzt hat, geht daraus hervor, daß er in den Dörfern des Abends in Häuser eindringt, sein Pistol aufsteht und Nachbarn mit der Drohung bedroht, jeden zu erschießen, der ihn zu verhaften beabsichtigen möchte, und man überbeugt ihn. Ueber Patowski erzählt man sich auch, daß, weil es ihm auf jedem Wege nicht gelingen wollte, Vermögen zu erwerben, er zu dem gegenwärtigen Mittel seine Zuflucht genommen habe, um zu Gelde zu kommen und dann nach Amerika zu gehen, um auf diese Weise zugleich den gegen ihn schwebenden Untersuchungen auszuweichen. (Dof. 3.)

## Insertate.

### Bekanntmachung.

Nach erfolgter Beratung mit dem hiesigen Gemeinde-Vorstande werden die Eigenthümer der an der Dhlau liegenden Grundstücke zur Verhütung der Untersuchungen der Ufers und Grundmauer an der Dhlau hiedurch verpflichtet:

- 1) vor jedem Eingange das Eis in der Dhlau längs ihrer Grundstücke und bis zur Mitte der Dhlau in Tafeln von höchstens zwei Fuß im Quadrat zu legen.
- 2) die Fische in der Dhlau stets von Schnee und Eis frei zu halten, dieselben auch nur höchstens 16 Fuß lang und 7 Fuß breit herzustellen, sie ferner nicht unter einander oder an Pfähle zu verbinden, sondern nur an Ketten zu befestigen, endlich auch die äußere obere Ecke jedes Fisches abzurunden.

Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, verfällt in eine Geldbuße von drei Thalern, im Unvermögensfalle aber in eine verhältnismäßige Gefängnisstrafe. Breslau, den 24. August 1850. Königl. Polizei-Präsidium. v. Kehler.

### Bekanntmachung.

Der für das kommende Universitätsjahr 1850/51 gewählte Rektor, Hr. Medizinal-Rath Professor Dr. Barlow, hat die höhere Bestätigung erhalten und wird seine Amtsführung mit dem 15. Oktober d. J. beginnen. Breslau, den 28. August 1850. Rektor und Senat der königlichen Universität.

### Bekanntmachung.

Um auswärts mehrfach verbreiteten übertriebenen Gerüchten zu begegnen, machen wir hiermit bekannt, daß die Cholera zwar auch in Leipzig aufgetreten ist, sich jedoch in Vergleich zu anderen Städten und in Verhältnisse zu der hiesigen Bevölkerung in einem so geringen Grade gezeigt hat, daß ihr Auftreten allhier durchaus nicht als eine nur einigermaßen erhebliche oder bedenkliche Epidemie anzusehen ist. Denn es sind bei einer Bevölkerung von 64,000 Einwohnern vom 3. Juli bis mit 23. August d. J. im Ganzen 183 Todesfälle von an der Cholera Erkrankten hier vorgekommen, auch hat die Krankheit in der letzteren Zeit einen weit milderen Charakter angenommen und ist im Abnehmen begriffen. Ein nachtheiliger Einfluß derselben auf Handel und Gewerbe ist übrigens bis jetzt in unserer Stadt nirgends wahrgenommen worden. Leipzig, den 23. August 1850. Der Rath der Stadt Leipzig. Berger.



